

Manchmal kommt es anders, als man denkt

Von Daniel Stadlin, Vizepräsident der GLP Kanton Zug.

Überbauung Unterfeld, Hochhausreglement der Stadt Zug und Unternehmenssteuerreform. Drei Abstimmungen die in unserem Kanton 2017 viel zu reden gaben.

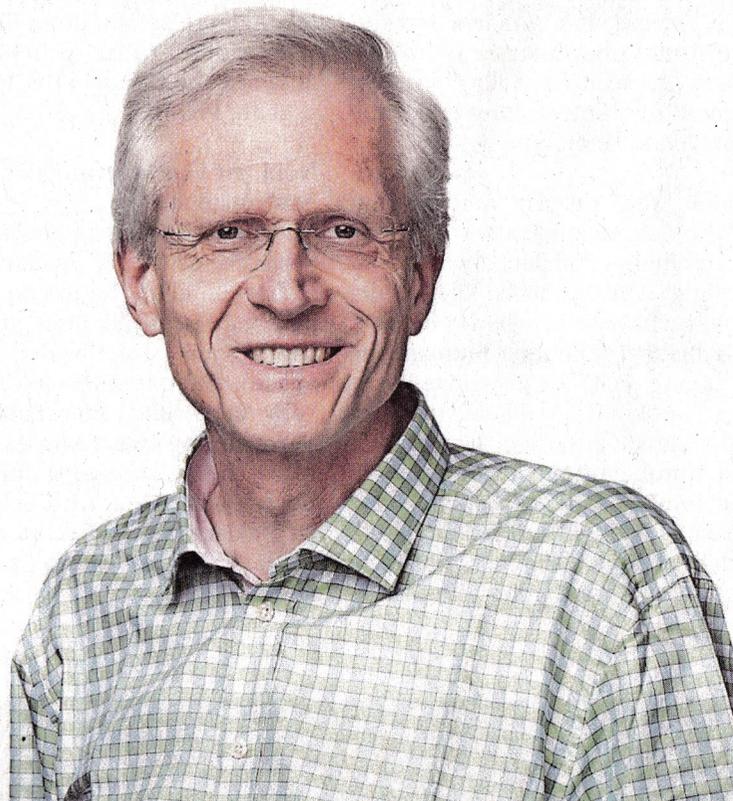
GLP Historisch gesehen, ging es der Schweizer Bevölkerung noch nie so gut wie heute. Viele wissen darum nicht so recht, was sie noch erstreben sollen und sind daher weniger an der Zukunft, als an der Fixierung der Gegenwart interessiert. Nur so lässt sich erklären, dass etliche glauben, eine Welt ohne Wachstum sei möglich oder sogar besser.

Wachstum ist aber mehr, als nur die

«Wachstum ist mehr, als nur die Sicherung unseres angenehmen Lebensstandards.»

Sicherung unseres angenehmen Lebensstandards. Ökonomischer Stillstand führt zu Mangelwirtschaft und bedroht fundamentale Werte wie Freiheit, Sicherheit, Gesundheit und Selbstvertrauen.

Wachstum ist viel grösser als die Wirtschaft selbst. Nur ein grenzenloses wirtschaftliches Wachstum,



Daniel Stadlin, Vizepräsident der GLP Kanton Zug.

z.V.g.

wie zum Beispiel in China oder Indien, ist problematisch und letztlich selbstzerstörerisch. Davon sind wir in der Schweiz jedoch sehr weit entfernt. Wachstumskritik als Wohlstandsphänomen gibt es auch im Kanton Zug. Im zu Ende gehenden Jahr beeinflusste sie unterschiedlich die öffentliche politische

Debatte ganz grundsätzlich.

Hochhausreglement

Manifest zeigte sich dies beim Bauprojekt Unterfeld in Baar und Zug, akzentuiert beim Hochhausreglement der Stadt Zug. In der breiten Bevölkerung gab es dazu intensive und emotionale Diskussionen. Da-

bei galt das Hochhaus als Metapher für Heimatverlust und Masslosigkeit. Aber Hochhäuser sind weder schlecht noch gut, noch eine Bedrohung. Im Gegenteil, sie sind gebauter Ausdruck einer modernen und weltoffenen Gesellschaft. Bei der künftigen baulichen Verdich-

«Hochhäuser sind weder schlecht noch gut, noch eine Bedrohung.»

tung der Siedlungsräume fällt diesem Haustyp, mit seinem geringen Bodenverbrauch, zwangsläufig eine zentrale Rolle zu. Dabei ist weniger seine Grösse und Höhe von Bedeutung, als dessen richtige Platzierung, Gestaltung und Nutzung im städtebaulichen Kontext. Die Mehrheit der Stadtzuger Stimmbürger sehen das gleich und haben dem Hochhausreglement deutlich zugestimmt und so der Stadt Zug ein wichtiges Planungsinstrument gegeben, um sich in Zukunft strukturell, räumlich wie auch qualitativ als Wohn- und Arbeitsort weiter zu entwickeln. Dass es im Unterfeld nicht geklappt hat, liegt an der knappen Ablehnung des Projektes in Baar.

Unternehmenssteuerreform

Weniger ausgeprägt, aber doch spürbar, zeigte sich die Wachstumskritik bei der Unternehmenssteuerreform. In der Schweiz gibt es rund

24'000 international tätige Unternehmen, die von steuerlichen Sonderregeln profitieren. Sie beschäftigen gegen 160'000 Arbeitnehmende, zahlen über 8 Milliarden Franken Steuern und finanzieren die Hälfte der privaten Forschung. Diese Sonderregeln sind jedoch international nicht mehr akzeptiert und gehören abgeschafft.

Trotz dieser Ausgangslage wurde die Reform an der Urne gesamtschweizerisch abgelehnt. Nicht so im Kanton Zug, wo das Stimmvolk diese mit über 54 Prozent und in allen elf Gemeinden annahm und sich so für die Aufhebung der privilegierten Unternehmensbesteuerung sowie für die vom Regierungsrat vorgezeichneten Umsetzung entschied.

Gleichwohl wird vorerst nichts daraus. Schade, für unseren Kanton hätte diese so gut wie nur Vorteile gehabt. Einerseits, weil die Gewinnersätze sämtlicher im Kanton ansässigen Firmen weder besonders stark nach oben, noch nach unten hätten angepasst werden müssen, und andererseits, weil mit dem zusätzlichen Anteil an der Bundessteuer die Reform kostenneutral hätte ausgestaltet werden können.

Nun wünsche ich Ihnen im Namen der GLP Kanton Zug alles Gute im 2018.

www.zg.grunliberale.ch